

Änderungsantrag zur 27. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz am 23.-25. November 2007 in Nürnberg

Der Antrag **Z-02** „*Armut bekämpfen, Bildung verbessern, Chancen eröffnen - Der Weg zu einem grünen Grundeinkommen – eine solidarische und freiheitliche Zukunft gestalten*“ soll wie folgt geändert werden:

01. Die Überschrift und die Zeilen 1-2 *streichen* und *ersetzen* durch:

Für einen emanzipatorischen Sozialstaat

Der Weg zu einem grünen Grundeinkommen – Armut bekämpfen, Bildung verbessern, Chancen eröffnen - Gestalten wir eine solidarische und freiheitliche Zukunft

02. Zeile 17 nach: „...Aufbruch in der Sozialpolitik“ *einfügen*:

Geben wir dieser Gesellschaft mit dem emanzipatorischen Sozialstaat also eine gesellschaftspolitische Zielvorstellung zurück.

Begründung:

Die moralischen, sozialen und politischen Werte einer Gesellschaft waren nie ein Input, etwas vorgelagertes, sie waren und sind immer Ausdruck dessen, wie die Gesellschaft ökonomisch produziert und sich damit auch kulturell reproduziert. Denn so wie die erste industrielle Revolution zur Voraussetzung hatte, dass an die Stelle des Leibeigenen der "freie" Arbeitskraftanbieter in der Industriegesellschaft trat, so erfordert der heutige Umbruch hin zu einer nachindustriellen, zunehmend wissens- und dienstleistungsbasierten Ökonomie zugleich mehr individuelle Freiheit und soziale Sicherheit.

Unter anderem auch deshalb gründeten sich die Grünen – auch und gerade mit der Idee des Grundeinkommens als eines der ersten sozialen Projekte in der Partei. Wie sind daher immer auch Ausdruck gesellschaftlicher Umbrüche gewesen, ebenso wie Projektionsfläche und Selbstvergewisserung gesellschaftlicher Transformationen für die Gesamtgesellschaft.

Als sich die Grünen aus der neuen Linken und den neuen sozialen Bewegungen herausbildeten, bestanden die Gemeinsamkeiten der unterschiedlichen Gruppen also nicht nur im Negativen, als Absetzbewegung zur vorherrschenden Gesellschaftsordnung, sondern ebenso positiv, als ein sich von den herkömmlichen Parteien grundsätzlich unterscheidendes neues politisches Projekt. Dieses ging zwar von der bestehenden Gesellschaftsordnung aus, trat aber darin für eine Autonomie differenzierter sozialer und politischer Existenzweisen ein. Im Zentrum dieses Projekts stand die Idee und der Begriff der **Emanzipation**.

Wir halten es für notwendig, dass auch im Generationenwechsel in der Partei die neuen PolitikerInnen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die gleichen grundsätzlichen Fragen nach einer alternativen Form der Vergesellschaftung stellen können müssen, wie die Gründergeneration: Einer Vergesellschaftung jenseits der industriegesellschaftlichen, wachstumsabhängigen, familiernährenden und konsumgüterbasierten, nach wie vor männlich dominierten Normarbeit. Darum auch hängt die Zukunft der Partei als eigenständige politische Kraft für uns heute wesentlich von der Beantwortung der Frage ab, ob es den *heutigen* Strömungen aus der Basis, aus der Mitglieder- und Wählerschaft noch gelingen wird, eine gemeinsame Sprache und Zielvorstellungen zu finden, die die gegenwärtigen gesellschaftlichen Umbrüche nicht nur als Problem der Sozialstaatsverwaltung in einer vorgefundenen Arbeitswelt wahrnimmt, sondern in ein neu zu gestaltendes politisches und soziales Projekt umzuwandeln vermag.

Mit dem Grundeinkommen geht es für uns daher nicht nur um die „Umsetzung“ einer neuen Sozialstaatstechnik, sondern um die mittel- und langfristige *Durchsetzung* eines gesellschaftlichen Prozesses und um die Identifikation und Beförderung der darin liegenden emanzipatorischen und ökologischen Potenziale und damit auch um die Rückgewinnung Grüner Politikansprüche als erste und nach wie vor einzige nachindustriegesellschaftliche und emanzipatorische Partei. Wir verstehen die Idee der Emanzipation und das damit für uns im Zusammenhang stehende Grundeinkommen auch als Verpflichtung, Grüne Entwicklungs- und Ideengeschichte lebendig zu erhalten – denn eine Partei, die keine Herkunft hat, hat auch keine Zukunft als eigenständige politische Kraft.

Wir halten es daher für ebenso notwendig, dass der Grüne Sozialstaat ein **emanzipatorischer Sozialstaat** sein muss – kein christdemokratischer, kein sozialdemokratischer, kein wirtschaftsliberaler, kein sozialistischer – und dass dieser als eigenständige Grüne Zielvorstellung und Alternative begrifflich auch so benannt und politisch angestrebt werden sollte. Den Begriff des „ermutigenden Sozialstaates“ halten wir daher für ungeeignet. Wie in der Ökologie, wie in der In-Beziehung-Setzung des Menschen zu seinen natürlichen Lebensgrundlagen, geht es uns mit dem Begriff der Emanzipation in der Sozialpolitik vielmehr um eine eigenständige Fortführung des Projektes der Aufklärung.

- Die Grünen sind nach wie vor ein politisches Projekt der Frauen.
- Die Grünen sind nach wie vor ein politisches Projekt der Anerkennung, Ermöglichung und Entlohnung gesellschaftlicher, sozialer, kultureller und informeller Arbeit.
- Die Grünen sind nach wie vor ein politisches Projekt der Zurückdrängung des naturzerstörenden Wachstumszwangs der Industrie- und Konsumgütergesellschaft.
- Die Grünen sind nach wie vor ein politisches Projekt der Demokratisierung von unten, der Autonomie differenzierter sozialer, geschlechtlicher und kultureller Existenzweisen.

In der Idee und im Begriff der **Emanzipation** sind für uns diese zentralen Zielvorstellungen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN als Werte-, Programm- und Konzeptpartei zusammengefasst.

AntragstellerInnen:

Robert Zion (KV Gelsenkirchen), Sven Lehmann (Landesvorstand NRW, KV Köln), Vasco Schultz (KV Hamburg-Wandsbek), Bärbel Maxisch (KV Kassel-Land), Gregor Simon (KV Bergstraße), Dagmar Kaufmann (KV Südliche Weinstraße), Maik Babenhauserheide (KV Herford), Oliver Hildenbrand (Landesvorsitzender Grüne Jugend Baden-Württemberg; KV Main-Tauber), Barbara Richter (KV Hagen), Simon Lissner (KV Limburg-Weilburg), Beate Wichmann (KV Erfurt), Dietrich Dasenbrook (KV Gifhorn), Katy Weber (KV Schwalm-Eder), Jan Marczona (KV Tübingen), Matthias Schneider (KV Duisburg), Michael Musil (KV Westerwald), Dennis Melterski (KV Gelsenkirchen), Irene Mihalic (KV Gelsenkirchen), Arfst Wagner (KV Dithmarschen), Alexander Rodis (KV Friedrichshain-Kreuzberg), Jochen Nadolski-Voigt (KV Unna), Klemens Griesehop (KV Pankow), Hannes Krapp (KV Karlsruhe-Land), Daniel Elfendahl (KV Bochum), Dennis Bartel (KV Gelsenkirchen), Markus Mezger (KV Hochtaunus), Claudia Laux (KV Ahrweiler), Rüdiger Bender (KV Erfurt), Hans Schröder (KV Hamburg-Wandsbek), Klaus Peschel (KV Elbe-Elster), Ludwig Paul Häußner (KV Karlsruhe-Stadt), Ulrich Laubach (KV Mönchengladbach)